



MdL Bernhard Pohl, Gutenbergstr. 2a, 87600 Kaufbeuren
Aktion Deutschland Hilft e.V.
Willi-Brandt-Allee 10-12
53113 Bonn
Per E-Mail: service@aktion-deutschland-hilft.de

**Abgeordneter
Bernhard Pohl**
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

22. September 2021
yr

Offener Brief zur Ablehnung der Spende der Heckler & Koch GmbH

Sehr geehrte Damen und Herren Vorstände,

Fa. Heckler & Koch GmbH teilte in einem offenen Brief mit, dass eine Spende an Ihre Hilfsorganisation i.H. von 7.500 Euro für die Hilfe der Flutopfer, die von dem Unternehmen auf 15.000 Euro aufgedoppelt wurde, von Ihrer Organisation abgelehnt wurde. Sie begründen dies dem o.a. Brief zufolge damit, dass Sie das Geld „Aufgrund unserer ethischen Leitlinien ... nicht annehmen können“.

Abgeordnetenbüro:
Gutenbergstr. 2a
87600 Kaufbeuren
Tel.: 08341 995 4844
Fax: 08341 995 48 45
Mail: fw@bernhard-pohl.com
bernhard.pohl@fw-landtag.de

Sowohl die Zurückweisung einer großzügigen Spende als auch die hierfür gegebene Begründung ist, wenn die von mir wiedergegebenen Informationen zutreffen, ein handfester Skandal! Ich fordere Sie, den Vorstand dieses Vereins, auf, mir gegenüber zeitnah zu diesem Vorgang Stellung zu nehmen und dabei mitzuteilen, ob Sie in vergleichbaren Fällen künftig ebenfalls Spenden abzulehnen gedenken. Die Antworten sind für mich nicht nur als Bürger der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch als Landespolitiker von hohem Interesse. In dieser Angelegenheit habe ich auch den Schirmherrn Altbundespräsident Horst Köhler und den Vorsitzenden des Kuratoriums Herrn Bundesminister Heiko Maas angeschrieben.

**Mitglied im Ausschuss für
Staatshaushalt und
Finanzfragen
Sprecher für Haushaltspolitik
Sprecher für
Vertriebenenpolitik
Sprecher für Angelegenheiten
der Bundeswehr**

Die Firma Heckler & Koch GmbH ist ein renommierter deutscher Hersteller von Handfeuerwaffen und Zubehör. Zu ihren Kunden gehört neben der Bundesrepublik Deutschland bzw. der Bundeswehr auch die Bayerische Landespolizei, die von diesem Unternehmen ausgestattet wird.

Wie soll ich vor diesem Hintergrund ihre Entscheidung nachvollziehen? Damit stellen Sie mittelbar die Bundesrepublik Deutschland und den Freistaat Bayern moralisch in Frage! Ist das Geld der Steuerzahler bzw. deren Verwendung für Handfeuerwaffen durch gewählte Parlamente und Regierungen unethisch?

Der Kauf von Waffen für die Streitkräfte oder die Polizei basiert auf Beschlüssen des Haushaltsgesetzgebers im Bund und im Freistaat, die Beschaffung wird vom Verteidigungsministerium bzw. vom Bayerischen Innenministerium vollzogen. Wenn Sie der Auffassung sind, die Heckler & Koch GmbH erziele damit Einnahmen aus unethischen Geschäften, bedeutet dies einen Generalangriff gegen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die in ihrer

überwältigenden Mehrheit zur Bundeswehr, zur NATO und damit auch zu deren adäquater Bewaffnung stehen.

Gleiches gilt für uns Abgeordnete des Bayerischen Landtags. Ich kenne keine Fraktion in unserem Hause, die es ernsthaft in Frage stellt, dass der Freistaat als Dienstherr für eine angemessene Bewaffnung seiner Sicherheitskräfte zu sorgen hat. Müssen wir uns von Ihnen kollektiv der Unmoral bezichtigen lassen?

Sie beleidigen mit Ihrer Aktion nicht zuletzt auch die aktiven und ehemaligen Soldaten der Bundeswehr. Unsere Streitkräfte sorgen seit 65 Jahren dafür, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland in Frieden und Freiheit leben können. Unser westliches Militärbündnis, die NATO, ist ein Friedensgarant und hat einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet, dass es vor gut 30 Jahren gelungen ist, die kommunistischen Unrechtsregime in Osteuropa zu Fall zu bringen und zig Millionen Menschen aus der Unterdrückung zu befreien. Wir sind den Soldaten, die notfalls unter Einsatz von Leib und Leben Frieden und Freiheit für unser Land zu verteidigen bereit sind, zu größtem Dank verpflichtet. Deren jüngster Einsatz in Kabul wurde inzwischen vom Bundespräsidenten gewürdigt.

Dies gilt gleichermaßen für unsere Polizeibeamten in Bayern wie auch in allen anderen Bundesländern. Wie können Sie es mit Ihren ethischen Maßstäben vereinbaren, diese Männer und Frauen in ein schiefes Licht zu rücken und ihnen den gebührenden Respekt zu versagen? Das tun Sie zweifellos, wenn Sie den Kauf von Waffen als unmoralisch bezeichnen. Dann nämlich halten Sie auch den Gebrauch einer Schusswaffe für verwerflich und sprechen den Polizisten die ethische Legitimation ab, das Recht notfalls auch unter Einsatz einer Schusswaffe durchzusetzen und bedrohten Menschen damit Hilfe zu leisten.

Auch sollte Ihnen bewusst sein, dass die Zurückweisung dieser Spende ein politisches Signal sondergleichen ist. Als Zeichen insbesondere gegen die Bundeswehr und die Landesverteidigung wie auch gegen den Waffengebrauch von Polizeibeamten. Ich frage mich, wie das mit Ihren satzungsmäßigen Zwecken vereinbar ist. Wenn Sie unter Inkaufnahme der Diskriminierung des weltweit geschätzten deutschen Unternehmens -Heckler & Koch GmbH-, des Deutschen Bundestages und des Bayerischen Landtages sowie der Angehörigen der Streitkräfte und der Bayerischen Landespolizei eine Spende ablehnen, die denen zugutekommen soll, die bei der Flutkatastrophe ihr Hab und Gut oder gar Menschen verloren haben, ist dies aufs Schärfste zu verurteilen. Um in Ihrem Sprachgebrauch zu bleiben, ist dies als zutiefst unethisch einzustufen. Sollten die Informationen, auf denen dieses Schreiben beruht, den Tatsachen entsprechen und Sie der Ansicht sein, dass dies auch künftig Ihre Vereinspolitik zu bestimmen hat, wäre über ernsthafte Konsequenzen bis hin zur Frage des Verlustes der Gemeinnützigkeit nachzudenken.

Prinzipiell sollte es unstrittig sein, dass jede Hilfe für die Leidtragenden von Katastrophen stets willkommen ist. Vor allem wird man vernünftigerweise nicht

fragen wollen, was die Spender sonst so tun und wie sie ihr Geld erworben haben. Es ist gleichgültig, ob Lottomillionär oder Hartz-IV-Empfängerin, Börsenspekulant oder Staatsanwältin, jede Spende ist hochwillkommen und kann Leid lindern helfen. Aber barmherzig darf Ihrer Auffassung nach offensichtlich nicht jeder sein, dafür wollen Sie als selbst ernannte politische Tugendwächter sorgen. In diesem Fall wird die Belegschaft wie auch das ganze Unternehmen Heckler & Koch zum moralisch minderwertigen Spender erklärt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Teile der Öffentlichkeit die Ablehnung der Spende als moralische Überheblichkeit werten, als Hypermoral, die sich über die Not der Katastrophenopfer erhebt.

Ich fordere Sie als Vorstand der Aktion Deutschland Hilft e.V. daher dazu auf, diese Entscheidung zu korrigieren und Ihre Leitlinien so anzupassen, dass derartige Missgriffe künftig nicht mehr passieren können.

In Erwartung Ihrer baldigen Rückantwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in purple ink, appearing to read 'Bernhard Pohl', with a stylized flourish at the end.

Bernhard Pohl, MdL



MdL **Bernhard Pohl**, Gutenbergstr. 2a, 87600 Kaufbeuren
Auswärtiges Amt
Herrn Bundesaußenminister Heiko Maas
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Per E-Mail: poststelle@auswaertiges-amt.de

**Abgeordneter
Bernhard Pohl**
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

22. September 2021
yr

Offener Brief zur Ablehnung der Spende der Heckler & Koch GmbH

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

ich schreibe Sie an in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender des Kuratoriums der Aktion Deutschland Hilft e.V.

Fa. Heckler & Koch GmbH teilte in einem offenen Brief mit, dass eine Spende an die Aktion Deutschland Hilft e.V. i.H. von 7.500 Euro für die Hilfe der Flutopfer (vom Unternehmen auf 15.000 Euro aufgedoppelt) abgelehnt wurde. Begründet wurde dies dem o.a. Brief zufolge damit, dass das Geld „Aufgrund unserer ethischen Leitlinien“ nicht angenommen werden könne.

Sowohl die Zurückweisung der großzügigen Spende als auch die vorliegende Begründung ist, sofern die hier wiedergegebenen Informationen zutreffen, ein handfester Skandal! Ich habe den Vorstand dieses Vereins aufgefordert, mir gegenüber zeitnah zu diesem Vorgang Stellung zu nehmen und dabei auch mitzuteilen, ob gegebenenfalls in vergleichbaren Fällen künftig ebenfalls Spenden abgelehnt werden sollen. Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland, wie auch als Landespolitiker sind die Antworten von hohem Interesse. Auch den Schirmherrn dieser Aktion, Herr Bundespräsidenten a.D. Horst Köhler, habe ich in dieser Angelegenheit angeschrieben.

Die Firma Heckler & Koch GmbH ist ein renommierter deutscher Hersteller von Handfeuerwaffen und Zubehör. Zu ihren Kunden gehört neben der Bundesrepublik Deutschland bzw. der Bundeswehr auch die Bayerische Landespolizei, die von diesem Unternehmen ausgestattet wird.

Vor diesem Hintergrund ist diese Entscheidung nicht nachvollziehbar. Damit werden mittelbar die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Bayern moralisch in Frage gestellt! Das Geld der Steuerzahler bzw. dessen Verwendung für Handfeuerwaffen durch gewählte Parlamente und Regierungen kann nicht unethisch sein.

Der Kauf von Waffen für die Streitkräfte oder die Polizei basiert auf Beschlüssen des Haushaltsgesetzgebers im Bund und im Freistaat, die Beschaffung wird vom Verteidigungsministerium bzw. vom Bayerischen Innenministerium vollzogen.

Abgeordnetenbüro:
Gutenbergstr. 2a
87600 Kaufbeuren
Tel.: 08341 995 4844
Fax: 08341 995 48 45
Mail: fw@bernhard-pohl.com
bernhard.pohl@fw-landtag.de

**Mitglied im Ausschuss für
Staatshaushalt und
Finanzfragen
Sprecher für Haushaltspolitik
Sprecher für
Vertriebenenpolitik
Sprecher für Angelegenheiten
der Bundeswehr**

Sollte hier die Auffassung bestehen, die Heckler & Koch GmbH erziele damit Einnahmen aus unethischen Geschäften, würde dies einen Generalangriff gegen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages bedeuten, die in ihrer überwältigenden Mehrheit zur Bundeswehr, zur NATO und damit auch zu deren adäquater Bewaffnung stehen.

Gleiches gilt für uns Abgeordnete des Bayerischen Landtags. Ich kenne keine Fraktion in unserem Hause, die es ernsthaft in Frage stellt, dass der Freistaat als Dienstherr für eine angemessene Bewaffnung seiner Sicherheitskräfte zu sorgen hat. Müssen wir uns kollektiv der Unmoral bezichtigen lassen?

Mit dieser Aktion werden nicht zuletzt auch die aktiven und ehemaligen Soldaten der Bundeswehr in unwürdiger Form beleidigt. Unsere Streitkräfte sorgen seit 65 Jahren dafür, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland in Frieden und Freiheit leben können. Unser westliches Militärbündnis NATO ist ein Friedensgarant und hat einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet, dass es vor gut 30 Jahren gelungen ist, die kommunistischen Unrechtsregime in Osteuropa zu Fall zu bringen und zig Millionen Menschen aus der Unterdrückung zu befreien. Wir sind den Soldaten, die selbst unter Einsatz von Leib und Leben Frieden und Freiheit für unser Land zu verteidigen bereit sind, zu größtem Dank verpflichtet. Deren jüngster Einsatz in Kabul wurde inzwischen vom derzeitigen Bundespräsidenten gewürdigt.

Dies gilt gleichermaßen für unsere Polizeibeamten in Bayern wie auch in allen anderen Bundesländern. Wie kann es mit ethischen Maßstäben vereinbar sein, diese Männer und Frauen in ein schiefes Licht zu rücken und ihnen den gebührenden Respekt zu versagen? Wer den Kauf von Waffen als unmoralisch bezeichnet, tut genau dies. Dann nämlich wird auch der Gebrauch einer Schusswaffe als verwerflich eingestuft und den Polizisten die ethische Legitimation abgesprochen, das Recht notfalls auch unter Einsatz einer Schusswaffe durchzusetzen und bedrohten Menschen damit Hilfe zu leisten.

Die Zurückweisung dieser Spende ist auch ein politisches Signal sondergleichen. Als Zeichen insbesondere gegen die Bundeswehr und die Landesverteidigung wie auch gegen den Waffengebrauch von Polizeibeamten. Ich frage mich, wie das mit den satzungsmäßigen Zwecken dieser Aktion vereinbar ist. Wenn unter Inkaufnahme der Diskriminierung des weltweit geschätzten deutschen Unternehmens -Heckler & Koch GmbH-, des Deutschen Bundestages und des Bayerischen Landtages sowie der Angehörigen der Streitkräfte und der Polizeien eine Spende abgelehnt wird, die denen zugutekommen soll, die bei der Flutkatastrophe ihr Hab und Gut oder gar Menschen verloren haben, ist dies aufs Schärfste zu verurteilen. Um im Sprachgebrauch zu bleiben, ist dies als zutiefst unethisch einzustufen. Sollten die Informationen, auf denen dieses Schreiben beruht, den Tatsachen entsprechen und derartige Wertungen auch künftig die Vereinspolitik bestimmen, wäre über ernsthafte Konsequenzen bis hin zur Frage des Verlustes der Gemeinnützigkeit nachzudenken.

Prinzipiell sollte es unstreitig sein, dass jede Hilfe für die Leidtragenden von Katastrophen stets willkommen ist. Vor allem wird man vernünftigerweise nicht fragen wollen, was die Spender sonst so tun und wie sie ihr Geld erworben haben. Es ist gleichgültig, ob Lottomillionär oder Hartz-IV-Empfängerin, Börsenspekulant oder Staatsanwältin, jede Spende ist hochwillkommen und kann Leid lindern helfen. Aber barmherzig darf dieser Auffassung nach offensichtlich nicht jeder sein, dafür wollen selbst ernannte politische Tugendwächter sorgen. In diesem Fall wird die Belegschaft wie auch das ganze Unternehmen Heckler & Koch zum moralisch minderwertigen Spender erklärt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Teile der Öffentlichkeit die Ablehnung der Spende als moralische Überheblichkeit werten, als Hypermoral, die sich über die Not der Katastrophenopfer erhebt.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender des Kuratoriums der Aktion Deutschland Hilft e.V. dieses Vorganges annehmen würden. Ich gehe davon aus, dass eine derartige, vom Vorstand dieser Aktion getroffene Entscheidung, mit Ihren Überzeugungen wie auch denen der weiteren Kuratoriumsmitglieder nicht vereinbar ist.

In Anbetracht der Signalwirkung und der weiter drängenden Not in den Katastrophengebieten wäre eine baldige Klarstellung sehr zu begrüßen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in purple ink, appearing to read 'Bernhard Pohl', with a stylized flourish at the end.

Bernhard Pohl, MdL



MdL Bernhard Pohl, Gutenbergstr. 2a, 87600 Kaufbeuren

Herrn Bundespräsidenten a.D. Horst Köhler
Friedrichstraße 83
10117 Berlin
Per E-Mail: buerokoehler@bpra.bund.de

**Abgeordneter
Bernhard Pohl**
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

22. September 2021
yr

Offener Brief zur Ablehnung der Spende der Heckler & Koch GmbH

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

ich schreibe Sie an in Ihrer Eigenschaft als Schirmherr der Aktion Deutschland Hilft e.V.

Fa. Heckler & Koch GmbH teilte in einem offenen Brief mit, dass eine Spende an die Aktion Deutschland Hilft e.V. i.H. von 7.500 Euro für die Hilfe der Flutopfer (vom Unternehmen auf 15.000 Euro aufgedoppelt) abgelehnt wurde. Begründet wurde dies dem offenen Brief zufolge damit, dass das Geld „aufgrund unserer ethischen Leitlinien“ nicht angenommen werden könne.

Sowohl die Zurückweisung der großzügigen Spende als auch die vorliegende Begründung ist, sofern die hier wiedergegebenen Informationen zutreffen, ein handfester Skandal! Ich habe den Vorstand dieses Vereins aufgefordert, mir gegenüber zeitnah zu diesem Vorgang Stellung zu nehmen und dabei auch mitzuteilen, ob gegebenenfalls in vergleichbaren Fällen künftig ebenfalls Spenden abgelehnt werden sollen. Auch den Vorsitzenden des Kuratoriums Herrn Bundesminister Heiko Maas habe ich in dieser Angelegenheit angeschrieben.

Die Firma Heckler & Koch GmbH ist ein renommierter deutscher Hersteller von Handfeuerwaffen und Zubehör. Zu ihren Kunden gehört neben der Bundesrepublik Deutschland bzw. der Bundeswehr auch die Bayerische Landespolizei, die von diesem Unternehmen ausgestattet wird.

Vor diesem Hintergrund ist diese Entscheidung nicht nachvollziehbar. Damit werden mittelbar die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Bayern moralisch in Frage gestellt! Das Geld der Steuerzahler bzw. dessen Verwendung für Handfeuerwaffen durch gewählte Parlamente und Regierungen kann nicht unethisch sein.

Der Kauf von Waffen für die Streitkräfte oder die Polizei basiert auf Beschlüssen des Haushaltsgesetzgebers im Bund und im Freistaat, die Beschaffung wird vom Verteidigungsministerium bzw. vom Bayerischen Innenministerium vollzogen. Sollte hier die Auffassung bestehen, Heckler & Koch GmbH erziele damit Einnahmen aus unethischen Geschäften, würde dies einen Generalangriff gegen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages bedeuten, die in ihrer

Abgeordnetenbüro:
Gutenbergstr. 2a
87600 Kaufbeuren
Tel.: 08341 995 4844
Fax: 08341 995 48 45
Mail: fw@bernhard-pohl.com
bernhard.pohl@fw-landtag.de

**Mitglied im Ausschuss für
Staatshaushalt und
Finanzfragen
Sprecher für Haushaltspolitik
Sprecher für
Vertriebenpolitik
Sprecher für Angelegenheiten
der Bundeswehr**

überwältigenden Mehrheit zur Bundeswehr, zur NATO und damit auch zu deren adäquater Bewaffnung stehen.

Gleiches gilt für uns Abgeordnete des Bayerischen Landtags. Ich kenne keine Fraktion in unserem Hause, die es ernsthaft in Frage stellt, dass der Freistaat als Dienstherr für eine angemessene Bewaffnung seiner Sicherheitskräfte zu sorgen hat. Müssen wir uns kollektiv der Unmoral bezichtigen lassen?

Mit dieser Aktion werden nicht zuletzt auch die aktiven und ehemaligen Soldaten der Bundeswehr in unwürdiger Form beleidigt. Unsere Streitkräfte sorgen seit 65 Jahren dafür, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland in Frieden und Freiheit leben können. Unser westliches Militärbündnis NATO ist ein Friedensgarant und hat einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet, dass es vor gut 30 Jahren gelungen ist, die kommunistischen Unrechtsregime in Osteuropa zu Fall zu bringen und zig Millionen Menschen aus der Unterdrückung zu befreien. Wir sind den Soldaten, die selbst unter Gefahr für Leib und Leben Frieden und Freiheit für unser Land zu verteidigen bereit sind, zu größtem Dank verpflichtet. Deren jüngster Einsatz in Kabul wurde inzwischen vom derzeitigen Bundespräsidenten gewürdigt.

Dies gilt gleichermaßen für unsere Polizeibeamten in Bayern wie auch in allen anderen Bundesländern. Wie kann es mit ethischen Maßstäben vereinbar sein, diese Männer und Frauen in ein schiefes Licht zu rücken und ihnen den gebührenden Respekt zu versagen? Wer den Kauf von Waffen als unmoralisch bezeichnet, tut genau dies. Dann nämlich wird auch der Gebrauch einer Schusswaffe als verwerflich eingestuft und den Polizisten die ethische Legitimation abgesprochen, das Recht notfalls auch unter Einsatz einer Schusswaffe durchzusetzen und bedrohten Menschen damit Hilfe zu leisten.

Die Zurückweisung dieser Spende ist auch ein politisches Signal sondergleichen. Als Zeichen insbesondere gegen die Bundeswehr und die Landesverteidigung wie auch gegen den Waffengebrauch von Polizeibeamten. Ich frage mich, wie das mit den satzungsmäßigen Zwecken dieser Aktion vereinbar ist. Wenn unter Inkaufnahme der Diskriminierung des weltweit geschätzten deutschen Unternehmens -Heckler & Koch GmbH-, des Deutschen Bundestages und des Bayerischen Landtages sowie der Angehörigen der Streitkräfte und der Polizeien eine Spende abgelehnt wird, die denen zugutekommen soll, die bei der Flutkatastrophe ihr Hab und Gut oder gar Menschen verloren haben, ist dies aufs Schärfste zu verurteilen. Um im Sprachgebrauch zu bleiben, ist dies als zutiefst unethisch einzustufen. Sollten die Informationen, auf denen dieses Schreiben beruht, den Tatsachen entsprechen und derartige Wertungen auch künftig die Vereinspolitik bestimmen, wäre über ernsthafte Konsequenzen bis hin zur Frage des Verlustes der Gemeinnützigkeit nachzudenken.

Prinzipiell sollte es unstrittig sein, dass jede Hilfe für die Leidtragenden von Katastrophen stets willkommen ist. Vor allem wird man vernünftigerweise nicht

fragen wollen, was die Spender sonst so tun und wie sie ihr Geld erworben haben. Es ist gleichgültig, ob Lottomillionär oder Hartz-IV-Empfängerin, Börsenspekulant oder Staatsanwältin, jede Spende ist hochwillkommen und kann Leid lindern helfen. Aber barmherzig darf dieser Auffassung nach offensichtlich nicht jeder sein, dafür wollen selbst ernannte politische Tugendwächter sorgen. In diesem Fall wird die Belegschaft wie auch das ganze Unternehmen Heckler & Koch zum moralisch minderwertigen Spender erklärt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Teile der Öffentlichkeit die Ablehnung der Spende als moralische Überheblichkeit werten, als Hypermoral, die sich über die Not der Katastrophenopfer erhebt.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich dieses Vorganges annehmen würden. Ich gehe davon aus, dass eine derartige, vom Vorstand dieser Aktion getroffene Entscheidung, mit Ihrer Schirmherrschaft nicht vereinbar ist.

In Anbetracht der Signalwirkung und der weiter drängenden Not in den Katastrophengebieten wäre eine baldige Klarstellung sehr zu begrüßen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in purple ink, appearing to read 'Bernhard Pohl', with a stylized flourish at the end.

Bernhard Pohl, MdL